

Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

Die DDR praktizierte eine israelfeindliche Politik, doch parallel dazu bemühte sich die SED-Führung in den 80er Jahren, die Sympathien von Menschen jüdischen Glaubens im In- und Ausland zu gewinnen. Die SED-Kreisleitung der Staatssicherheit fasste im Dezember 1988 für Agitationszwecke die Annäherungsbemühungen der DDR zu jüdischen Kreisen zusammen und erläuterte Probleme, Hintergründe und Ziele, die damit verbunden waren.

Ab Mitte der 80er Jahre widmete die SED-Führung den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in der DDR zunehmend fürsorgliche Aufmerksamkeit. Grund dafür waren handfeste wirtschaftliche und außenpolitische Interessen. Man wollte jüdische Lobbyisten in den Vereinigten Staaten als Fürsprecher gewinnen, um Vorteile im Außenhandel zu erhalten und die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Die neue Akzentuierung zeigte sich unter anderem darin, dass ab 1985 auch jüdische Widerstandskämpfer und Opfer geehrt wurden.

Ein geeigneter Ort, um dauerhaft und öffentlichkeitswirksam jüdische Kultur zu pflegen und zu bewahren, wurde mit der stadtbildprägenden Neuen Synagoge in der Ost-Berliner Oranienburger Straße gefunden. Am 4. Juli 1988 wurde im Gesetzblatt der DDR die Verordnung über die Errichtung einer Stiftung "Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum" veröffentlicht. Im August 1988 konstituierte sich eine zehnköpfige Arbeitsgruppe des Ministerrats unter Bauminister Wolfgang Junker. Mit dabei war Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski vom Ministerium für Außenhandel, ein Stasi-Offizier im besonderen Einsatz (OibE). Zeitgleich ließ die Stasi-Hauptabteilung XX/4 eine Bestandsaufnahme vornehmen. Die 15 Stasi-Bezirksverwaltungen erfassten auf dem Gebiet der DDR alle Synagogen, jüdischen Friedhöfe und Gedenkstätten sowie deren Erhaltungsgrad.

Die Bemühungen der DDR zum 50. Jahrestag des antijüdischen Pogroms von 1938 erzielten die gewünschte Wirkung. In jüdischen Kreisen in den Vereinigten Staaten wurde das Engagement der DDR wohlwollend zur Kenntnis genommen. Ein internes Dokument der SED-Kreisleitung des MfS fasst den Stand der Dinge zur Beziehung der DDR zum Judentum im Dezember 1988 zusammen – zur "mündlichen Agitation in der Kreisparteiorganisation".

Signatur: BArch, MfS, HA IX, Nr. 1418, BL 205-208

Metadaten

Datum: 15.12.1988

Überlieferungsform: Dokument

Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

Selbstlai Afo 18

SED-Kreisleitung 000205 Berlin, 15. Dezember 1988

Abteilung Agitation
und Propaganda
Bildungsstätte

Nur zur mündlichen Agitation
in der Kreisparteiorganisation
verwenden!

Information zu den jüdischen Fragen

Im Zusammenhang mit den vielen Aktivitäten seit Beginn des Jahres 88 im gesellschaftlichen Leben unserer Republik zur jüdischen Problematik und den dazu auftretenden Fragen in unseren Kollektiven ist folgendes zu beachten:

1. Am 9. November 1988 jährte sich zum 50. Mal die faschistische Pogromnacht. In Abstimmung mit dem Präsidenten des Verbandes der jüdischen Gemeinden wurden anlässlich des 50. Jahrestages eine Vielzahl von Veranstaltungen, Konferenzen, Einweihungen von Gedenktafeln und Mahnmalen organisiert und durchgeführt. Höhepunkt dabei war die Sondersitzung der Volkskammer am 8. 11. 1988, auf der Genosse Sindermann in seiner Rede unsere grundsätzliche Haltung zu den deutschen Juden, ihre Rolle, ihr Erbe und Vermächtnis zum Ausdruck brachte. (Die Juden in Deutschland gehören zur deutschen Geschichte, das gilt es aufzuarbeiten). In Bewahrung unserer antifaschistischen Tradition ist es unsere Pflicht, das Vermächtnis und das Erbe aller Opfer des Faschismus in Ehren zu halten, ihrer zu gedenken und ihren Kampf fortzusetzen, damit solche schrecklichen Geschehnisse (II. Weltkrieg, Vernichtung von 6 Mill. Juden) für immer verhindert werden.
2. In der Welt existieren ca. 13 Millionen Juden. 50 % leben davon in den USA, in Israel ca. 27 %. Das erklärt, warum die meisten jüdischen Organisationen (Jüdischer Weltkongress, "Jewish Claims Konferenz") in den USA ansässig sind.

In der DDR leben ca. 3000 Bürger jüdischen Glaubens, von denen sich ca. 400 in den 8 jüdischen Gemeinden religiös betätigen. Unser Staat stellt ihnen jährlich 670 000 Mark für Kulthandlungen, Erhaltung religiöser Stätten usw. und 150 000 Mark zur Pflege des Friedhofes in Berlin Weißensee zur Verfügung. Gemäß der Verfassung der DDR sind die Bürger jüdischen Glaubens gleichberechtigte Staatsbürger (Artikel 6/5; 20 (1); 39 (1)).

Darüber hinaus erhalten alle jüdischen Bürger der DDR, wie alle anderen VVN-Mitglieder, die Ehrenpension in Höhe von 1350,- Mark, werden 5 Jahre früher berentet, in Krankenhäusern und Heimen bevorzugt versorgt und bekommen eine bezahlte Freistellung für ihre Feiertage. (Das seit 40 Jahren - gehört auch zur Wiedergutmachung)

Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

BStU
008206

2

Die jüdische Gemeinde in der DDR ist klein. In ihren eigenen Reihen findet sich kein Rabbiner (jüdischer Gesetzeslehrer, der die Geschichte der Juden, ihre Theologie, die Bibelinhalt, den Talmud - Vorschriften über die Lebensführung, jüdischen Chassidismus, Rationalismus und deren Philosophie vermittelt).

Mit Zustimmung der Partei und Staatsführung der DDR wurde durch die jüdische Gemeinde der DDR nach vierjährigem Bemühen mit dem "american jewish comitee" eine Vereinbarung erreicht, daß nach über 20 Jahren, ab September 1987, wieder ein Rabbiner für die jüdischen Gemeinden in Berlin zur Verfügung stand. (Amtseinführung des Rabbiners Isaac Neuman). Dieser entsprach nicht der Erwartungshaltung der jüdischen Gemeinde, es kam zu Auseinandersetzungen, infolge dessen er die DDR verließ, wobei er eine Verleumdungskampagne organisierte, die nicht ohne Wirkung bei den Juden der USA und deren Organisationen blieb.

3. In den letzten Jahren wurden durch verschiedene jüdische Organisationen verstärkte Forderungen zur Wiedergutmachung durch die DDR gestellt. Dazu vertreten unsere Partei und unser Staat folgende Haltung:

- Die DDR lehnt eine Mitverantwortung an den Verbrechen des Hitlerstaates generell ab, somit trägt sie auch am Holocaust keine Mitschuld. Ihre führenden Repräsentanten waren, wie die Kommunisten überhaupt, gleichfalls Opfer der faschistischen Barbarei.
- Die DDR ist der Staat aller Werktätigen, in ihr leben nicht nur Kommunisten, sondern auch Menschen, die durch ihr Tun (aktive Faschisten) oder Nichtstun und Schweigen Schuld an diesen damaligen Verbrechen hatten. In diesem Sinne ist von Mitverantwortung, von moralischer Schuld die Rede, die die Regierung der DDR anerkannte und damit der moralischen Erwartungshaltung des internationalen Judentums entsprach.
- Die DDR ist weder durch internationales oder nationales Recht noch durch historische oder moralische Pflicht zur Wiedergutmachung gezwungen, denn alle Verpflichtungen zu Reparationsleistungen gemäß des Potsdamer Abkommens wurden erfüllt. Ihre jetzt bekundete Bereitschaft zu "humanitärer Hilfe" gegenüber Menschen jüdischen Glaubens reicht sich ein in unsere seit Jahren praktizierte aktive Solidarität.
 - (1) Gegenwärtig erfolgen Absprachen zu dieser bekundeten "humanitären Hilfe", über Höhe, Form und Umfang ist noch nichts vereinbart, die von den Westmedien ins Spiel gebrachten 100 Mill. Dollar sind reine Spekulation. Bronfman selbst hat keine Summe genannt, er sprach von einer "symbolischen Geste" seitens der DDR, die er erwartet.

Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

BStU
1000207

3

4. Im Rahmen der abgestimmten Friedensoffensive der sozialistischen Staaten obliegt der DDR eine große Verantwortung. Dieser gerecht zu werden verlangt, ständig neue Ansatzpunkte für den Dialogprozeß zu suchen, hemmendes auszuräumen und Kompromißlösungen vorzuschlagen.

Die politischen Kontakte der DDR zu den USA und ihren führenden Repräsentanten sind sehr gering. Andererseits gibt es seitens amerikanischer Wirtschaftskreise großes Interesse an der DDR und intensive Handelskontakte zwischen den USA und der DDR, die jedoch durch die USA-Embargomaßnahmen stark belastet sind.

Es gilt demnach, den Dialog mit führenden Repräsentanten der USA zu suchen, unseren Standpunkt zur Embargopolitik, den Einfuhrbeschränkungen, Zollschränken usw. sowie zu den politischen Grundfragen unserer Zeit überhaupt, insbesondere zur Nah-Ost-Problematik, darzulegen. Diesen Dialog macht die USA von der finanziellen Entschädigung der jüdischen Opfer des faschistischen Terrors abhängig.

(URD zahlte bis 1987 insgesamt 80 Mrd. DM)

Diese Forderungen sind möglich, da die Standpunkte der DDR (gemäß Potsdamer Abkommen Reparationen gezahlt; tragen keine Mitverantwortung an Verbrechen der Nazizeit) von den Juden der USA kritisiert und mit einer negativen Grundhaltung der DDR zum Judentum gleichgesetzt werden.

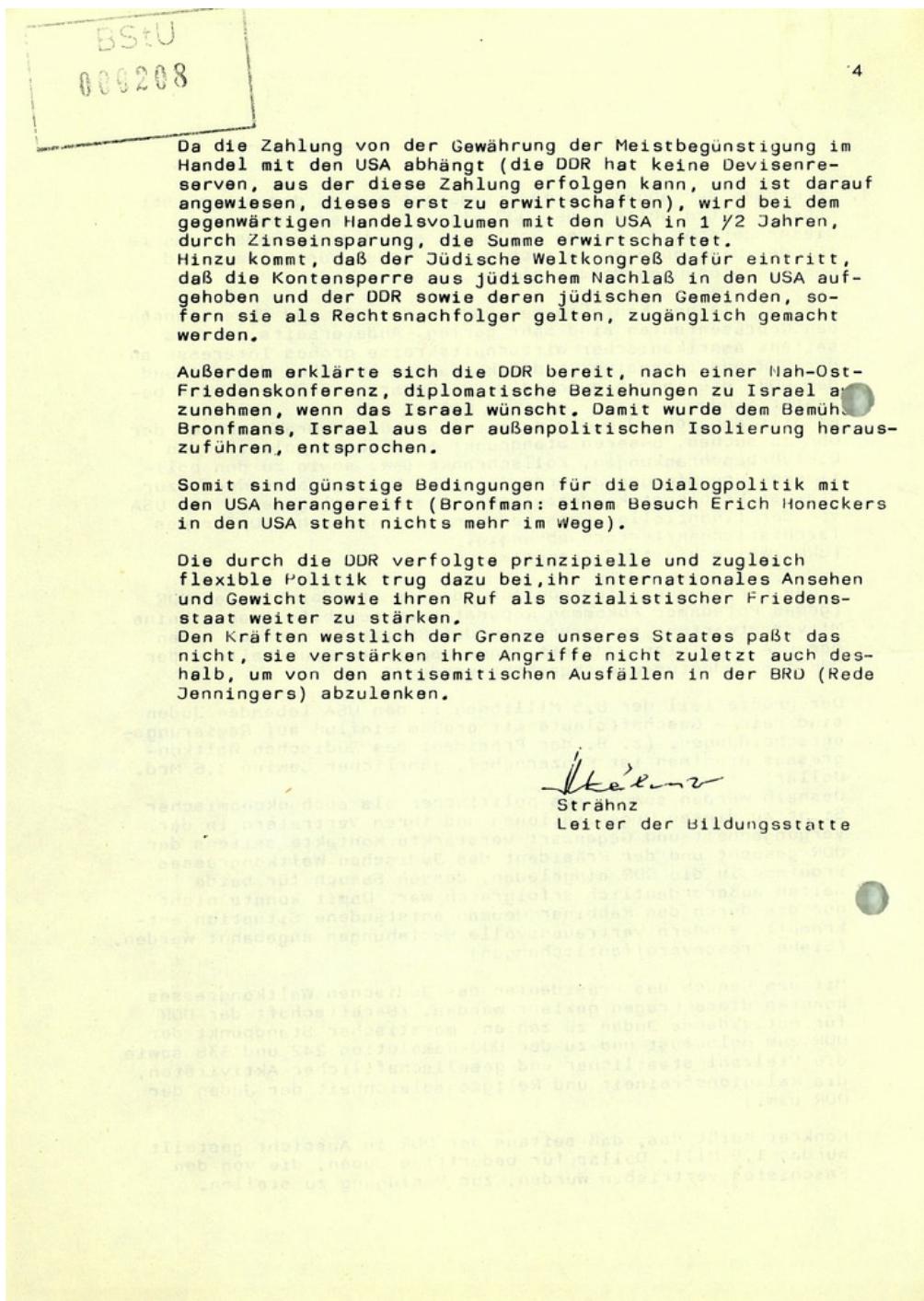
Der größte Teil der 6,5 Millionen in den USA lebenden Juden sind reiche Geschäftsleute mit großem Einfluß auf Regierungsentscheidungen. (z. B. der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Bronfman ist Konzernchef, jährlicher Gewinn 3,6 Mrd. Dollar)

Deshalb wurden sowohl aus politischer als auch ökonomischer Sicht zu diesen Organisationen und ihren Vertretern in der Vergangenheit und Gegenwart verstärkte Kontakte seitens der DDR gesucht und der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Bronfman in die DDR eingeladen, dessen Besuch für beide Seiten außerordentlich erfolgreich war. Damit konnte nicht nur die durch den Rabbiner Neuman entstandene Situation entkrampft, sondern vertrauensvolle Beziehungen angebahnt werden. (Siehe Presseveröffentlichungen)

Mit dem Besuch des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses konnten diese Fragen geklärt werden. (Bereitschaft der DDR für notleidende Juden zu zahlen, moralischer Standpunkt der DDR zum Holocaust und zu der UNO-Resolution 242 und 338 sowie die Vielzahl staatlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten, die Religionsfreiheit und Religionsgleichheit der Juden der DDR usw.)

Konkret heißt das, daß seitens der DDR in Aussicht gestellt wurde, 1,5 Mill. Dollar für bedürftige Juden, die von den Faschisten vertrieben wurden, zur Verfügung zu stellen.

Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"



Signatur: BArch, MfS, HA IX, Nr. 1418, BL 205-208

Blatt 208